

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Der Staat als industrielle Antriebskraft in Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1966) : Der Staat als industrielle Antriebskraft in Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 11, pp. 621-624

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133652>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Staat als industrielle Antriebskraft in Frankreich

Alfred Frisch, Paris

In zunehmendem Maße fühlt sich der Staat in Frankreich verpflichtet, das Wirtschaftsleben durch direkte, eigene Initiativen in eine dynamische Richtung zu lenken und sich sogar an neuen Projekten zu beteiligen. Nicht selten geschieht dies auf Wunsch der Privatwirtschaft, die häufig zur Verwirklichung der von ihr als ökonomisch sinnvoll erkannten Pläne nicht die Mittel besitzt oder ohne staatliche Rückendeckung vor dem gegebenen Risiko zurückschreckt. Diese staatlichen Interventionen passen kaum in den Rahmen des üblichen Dirigismus hinein, da die Regierung nicht autoritär lenken möchte, sondern eher unternehmerisch über Beteiligungen oder Kredithilfen in Erscheinung tritt und das Privatkapital dort ersetzt, wo es fehlt. Allerdings erhalten diese Aktionen sehr leicht eine dirigistische Note, weil jede Machtposition hohe Beamte besonders zu Übergriffen und wirtschaftspolitischen Mißbräuchen verleiten kann.

ERDÖL

In der französischen Erdölwirtschaft haben sich recht eigenartige Verhältnisse herausgebildet. Es handelt sich hierbei um einen schon lange staatlich genau geregelten Wirtschaftssektor mit auf die einzelnen Raffinerien verteilten Einfuhrkontingenten und einer strengen Bewilligungspflicht für neue Raffinerien. Solange ausländische Gesellschaften mit ihrem eigenen Öl ziemlich ausschließlich den französischen Markt beherrschten und auch die nationale Compagnie Française des Pétroles über ihre Versorgungsquellen im Irak stark international verflochten war, gab es keine besonderen Schwierigkeiten. Die Lage änderte sich jedoch, als das weitgehend französisch kontrollierte algerische Erdöl verfügbar wurde und trotz seines hohen Preises aus politischen Gründen in Frankreich bevorzugt abgesetzt werden sollte. Die französische Regierung versuchte zunächst, den ausländischen Gesellschaften ihren Willen aufzuzwingen, sah sich aber ziemlich schnell zu Kompromißverhandlungen veranlaßt.

Inzwischen hat das französische Interesse für das algerische Erdöl stark nachgelassen. Dagegen ist Frankreich seit einiger Zeit eifrig bemüht, nationale Erdölfirmen zu fördern. Der Staat begnügte sich hierbei nicht mit seiner 35%igen Beteiligung an der Compagnie Française des Pétroles, die er praktisch mit seinem Aktienpaket zu kontrollieren vermag, da sich der größte Teil des restlichen Kapitals in Händen von Kleinaktionären befindet, sondern gründete außerdem eine rein staatliche Erdölgesellschaft, die Union Générale des Pétroles, die sich inzwischen reichlich verzweigte und von der Regierung sehr dynamisch ge-

fördert wird, damit sie sich innerhalb und außerhalb Frankreichs einen ansehnlichen Marktanteil sichern kann. Ihr augenblickliches Ziel sind 15% des französischen Absatzes.

Man ging sogar so weit, dieses rein staatliche Unternehmen gegenüber der Compagnie Française des Pétroles zu bevorzugen und außerdem die finanziell wesentlich leistungsfähigere halbstaatliche Gesellschaft zu zwingen, sich an neuen Raffinerien des staatlichen Konzerns zu beteiligen. Die Regierung unterlag schließlich der Versuchung, der Union Générale des Pétroles eine Priorität für den Bau neuer Raffinerien einzuräumen, mußte aber aus zwei Gründen einlenken, einerseits weil sich die internationalen Erdölgesellschaften diesen Nationaldirigismus nicht ohne weiteres gefallen lassen wollten, sich Frankreich jedoch einen Fehlschlag seiner mühsam aufgebauten organischen Erdölpolitik in Zusammenarbeit mit den internationalen Gesellschaften — schon im Hinblick auf seine Zusagen an Algerien — nicht leisten konnte, andererseits aber auch infolge der finanziellen Schwäche des staatlichen Konzerns, der sich wohl oder übel mit einer gemäßigten Expansionsrate begnügen muß. Immerhin liefert das Erdöl ein bemerkenswertes Beispiel für das in Frankreich üblich gewordene staatliche Bestreben, das wirtschaftliche Gesicht des Landes durch direkte Interventionen zu verändern, wobei sich der dirigistische Charakter dieser Wirtschaftspolitik weniger aus unmittelbaren Anweisungen der Regierung ergibt, als — paradoxerweise — aus der außergewöhnlichen Bewegungsfreiheit der Generaldirektoren der staatlichen Betriebe. Diese Persönlichkeiten versuchen immer wieder, sich, gestützt auf den technokratischen Apparat der Ministerien, Machtpositionen zu schaffen. Der Verantwortliche des staatlichen Erdölkonzerns spielt so rein persönlich eine entscheidendere Rolle als die Regierungspolitik im eigentlichen Sinne.

CHEMIE UND ELEKTRONIK

In der Chemie geht es vor allem darum, große, international konkurrenzfähige Produktionseinheiten entstehen zu lassen. Innerhalb dieses Zweiges mangelt es zwar nicht an Großbetrieben, sie entstanden aber häufig über verschiedenartige Finanzkonzentrationen ohne ausreichende Zusammenlegung der Produktionsanlagen. Theoretisch besitzt der Staat zwar keine Möglichkeit, die Errichtung einer neuen, seinen Sachverständigen zu klein erscheinenden Fabrik zu verhindern, praktisch liegen die Dinge jedoch etwas anders. Zur Verwirklichung ihnen vorschwebender Projekte sind die meisten Firmen auf die Unterstützung staatlich beeinflusster Kreditinstitute angewiesen. Diese

Tatsache gestattet dem Finanz- und Wirtschaftsministerium, sich mehr oder weniger diskret einzuschalten. Außerdem besteht die Neigung, die Anlagen in steuerlich begünstigten neuen Industriezonen entstehen zu lassen. Dies gibt dem Staat ein weiteres Mitspracherecht. Schließlich mangelt es gerade in der Chemie nicht an staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen. Ein großes Stickstoffwerk bei Toulouse, die gesamte Kohlenchemie und ein Teil der Erdölchemie, einschließlich der chemischen Auswertung des Erdgaslagers von Lacq, sind vorwiegend staatliche Gesellschaften, die übrigens neuerdings durch eine Personalunion mit dem staatlichen Erdölkonzern verbunden sind. Alle diese staatlichen Gesellschaften werden angehalten, mit Privatfirmen zur Schaffung großer, neuer Anlagen zusammenzuarbeiten. Sobald ein derartiges Kombinat in Form gemischter Gesellschaften entsteht, darf es mit dem offiziellen Wohlwollen rechnen. Selbstverständlich entsprechen in diesen Fällen die Produktionsabsichten genau den Planungszielen.

Der Fehlschlag der zunächst rein französisch gewesenen Compagnie Bull, sich auf dem Gebiete der Elektronenrechner international durchzusetzen, und der mißlungene Versuch der Regierung, durch eine rein nationale Sanierung des Unternehmens die schließlich unvermeidlich gewordene Kontrolle durch die amerikanische General Electric zu vermeiden, veranlaßte nach einigem Zögern einige französische Industrieunternehmen, mit einer noch nicht genau definierten staatlichen Unterstützung einen neuen Anlauf zur Herstellung von Elektronenrechnern mittlerer Größe zu wagen. Die Initiative wurde zu einem nicht geringen Teil durch einen offiziell geäußerten Regierungswunsch ausgelöst. Die staatlichen Sachverständigen erwägen verschiedene Möglichkeiten, von der staatlichen Mehrheitsbeteiligung bis zu einem staatlich finanzierten Forschungsauftrag, der der neuen Firma den Start erleichtern könnte. Man erkannte aber ziemlich schnell — und dies ist bezeichnend für den höchst pragmatischen Charakter der gesamten französischen Wirtschaftspolitik —, daß sich nichts erreichen läßt ohne die Bereitschaft einiger Großbetriebe zur Zusammenarbeit auf zunächst privater Grundlage. Wahrscheinlich wird der Staat diesen Plan indirekt fördern durch begünstigte Kredite, einen finanziell verhältnismäßig großzügigen Forschungsauftrag und auch durch gewisse Absatzgarantien im Rahmen der staatlichen Auftragsvergabe. Von privater Seite erwartet man die Beteiligung einer Reihe sehr bedeutender Firmen wie des Schneiderkonzerns, der Compagnie Générale d'Electricité, Thomson-Houston und der Compagnie de Télégraphie Sans Fil, die augenblicklich zusammen über 250 000 Arbeitskräfte beschäftigen und übrigens eine Zusammenarbeit mit Siemens im Interesse einer unbestreitbaren europäischen Leistungsfähigkeit gegenüber der amerikanischen Konkurrenz nicht ablehnen würden. Man darf darauf hinweisen, daß die französischen Regierungsinterventionen nicht immer einen nationalen Charakter besitzen, sondern mitunter als unentbehrliche Vorbereitung gelten für eine spätere größere europäische Konzentration.

Weitere Beispiele ähnlicher Art liefern die Stahl- und Automobilindustrie. Beim Stahl ging die Initiative nicht von der Regierung, sondern von den Firmen aus. Dieser Industriezweig gelangte zu der Erkenntnis, daß er ohne bevorzugte staatliche Kredite nicht in der Lage ist, die erforderlichen Investitionen für Rationalisierung und Expansion zu finanzieren. Er begründete zunächst seine Kreditforderungen an den Staat mit seiner Benachteiligung durch die aufgezwungene Verwendung nationaler Kohle zu Preisen, die über dem Weltmarktniveau liegen, sowie durch die Folgen einer nationalen Preispolitik, die seinen Werken lange unnötig niedrige Preise aufzwang und infolgedessen ihre eigenen Finanzierungsmöglichkeiten einschränkte. Diese Argumente reichten aus, um die Regierung zu veranlassen, der Industrie im vergangenen Jahr einen ersten Kredit von etwa 300 Mill. F zu einem Zinssatz von etwa 4,5% und mit langer Laufzeit bei einer absoluten Schonfrist von fünf Jahren für Zinsen und Amortisation zur Verfügung zu stellen. Bis 1970 glaubt die Industrie, eine weitere staatliche Finanzhilfe in Höhe von rund 3,5 Mrd. F zu benötigen. Sie möchte diesen Betrag ebenfalls in den ersten fünf Jahren weder verzinsen noch amortisieren und verlangt anschließend für die Rückzahlung eine Frist von mindestens 15 Jahren bei einem Zinssatz, der möglichst bei 2,5% liegen und 3% nicht übersteigen sollte. Als Gegenleistung bot man der Regierung eine umfassende Konzentration an, die sich übrigens im Gange befindet, mit dem Ziel, daß praktisch in Zukunft für die gesamte Rohstahlproduktion nur noch zwei Gruppen verantwortlich zeichnen, von einigen kleineren Außenseitern, die vorwiegend für den Eigenbedarf arbeiten, abgesehen. Außerdem wollen sich die Werke verpflichten, im Zuge ihrer Rationalisierung und Verlegung aus Lothringen, Nord- und Mittelfrankreich an die Küste, keine Arbeitskräfte freizusetzen, sondern sich mit der normalen oder vorzeitigen Pensionierung zu begnügen oder sich aber an neuen Betrieben, die an Ort und Stelle freiwerdende Arbeitskräfte beschäftigen, zu beteiligen. Die Regierung ist grundsätzlich bereit, auf dieses Angebot einzugehen, dürfte aber auf einem Zinssatz von 3,5% bestehen, wobei sie selbst verpflichtet ist, für die auf dem Kapitalmarkt über Regierungsanleihen mobilisierten Beträge rund 7% zu bezahlen.

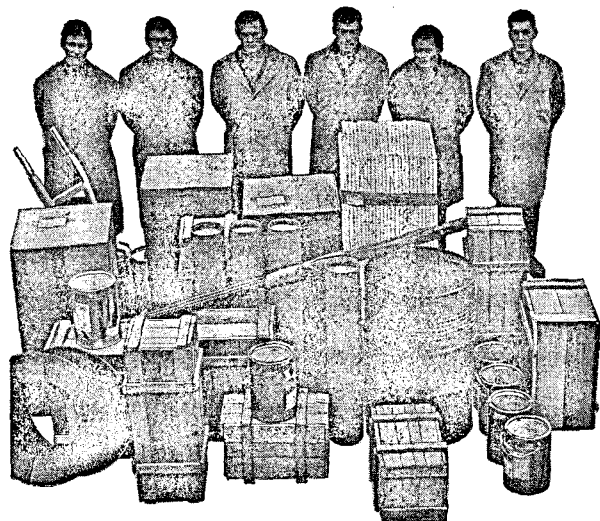
Überraschenderweise brachten die Konzentrationsbemühungen der Regierung, verbunden mit finanziellen Versprechungen, in der Automobilindustrie bisher nicht die gewünschten Erfolge, obwohl die staatlichen Renault-Werke in diesem Sektor eine Schlüsselstellung besitzen. Nach Ansicht der Regierungssachverständigen müßte sich Renault mit Citroën und Peugeot zu einer recht geschlossenen und produktionsmäßig koordinierten Gruppe zusammenschließen. Die letzte französische Automobilfabrik, Simca, ist bekanntlich eine Tochtergesellschaft des amerikanischen Chrysler-Konzerns. Ein erster Versuch einer engeren Zusammenarbeit zwischen Citroën und Peugeot scheiterte. Ein begünstigter Regierungskredit an Citroën im letzten Jahre besaß auch keine bemerkenswerte Konzentra-

tionswirkung. Die im April erfolgte Ankündigung einer gewissen technischen Zusammenarbeit zwischen Renault und Peugeot entsprach nicht ganz den Tatsachen. Diese beiden Gesellschaften bleiben nämlich von einer Konzentration noch sehr weit entfernt, da sie nicht einmal eine Koordinierung ihrer Modelle erwägen. Das Hindernis ist der staatliche Charakter der Renault-Werke, in denen die privaten Automobilfirmen nicht aufgehen können, solange sie nicht wenigstens in eine gemischte, halbstaatliche Gesellschaft umgewandelt wurden. Die Regierungssachverständigen waren sich dieser logischen Notwendigkeit zwar von Anfang an bewußt, aus politischen Gründen wagte jedoch bisher die Regierung nicht, an dem Statut der Renault-Werke etwas zu ändern, weil eine derartige Maßnahme einen erheblichen Widerstand der Gewerkschaften hervorrufen würde; denn diese betrachteten die Renault-Werke stets als Symbol einer neuen Ordnung, obwohl ihre Gesellschaftsform praktisch ohne jede Bedeutung ist.

Neben diesen mehr oder weniger direkten Interventionen in den industriellen Bereich bedient sich die französische Regierung sehr bewußt ihrer normalen Ausgabenpolitik zur Förderung der Privatwirtschaft im Sinne einer Ausweitung des nationalen Industriepotentials sowie der Stärkung seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die deutlichsten Beispiele hierfür liefern das Rüstungsprogramm, die zivile Atomforschung, verbunden mit dem staatlichen Interesse für die angewandte Forschung, und das Erziehungswesen.

RÜSTUNGSKREDITE UND ATOMPOLITIK

Die französischen Rüstungskredite dienen seit einigen Jahren vorwiegend der Schaffung eines nationalen Atompotentials. Obwohl es für diese Anstrengungen von Anfang an nur rein politische Gründe gab, ließ man sich stets die amerikanischen Erfahrungen als Lehre dienen und war ohne Unterbrechung darum bemüht, aus den hohen Ausgaben den denkbar größten zivilen Nutzen, gewissermaßen als Nebenprodukt, zu ziehen. Die militärischen Forschungslaboratorien wurden so keineswegs abgekapselt, sondern zunächst einmal mit dem ursprünglich rein zivil gewesenen Kommissariat für Atomenergie eng verbunden. Das Kommissariat erhielt so eine Reihe militärisch finanzierter Forschungsaufträge, die auch seiner zivilen Forschung dienlich sein konnten. Außerdem wandten sich die militärischen Instanzen stets an die Privatindustrie, um sich von ihr ihre Geräte und Anlagen bauen zu lassen. Auf diese Weise erfolgte im Laufe der Jahre eine bedeutungsvolle Streuung neuer Kenntnisse bei gleichzeitiger Schulung zahlreicher Fachkräfte, die in Zukunft in größerem Ausmaße den Privatbetrieben für ihren internationalen Konkurrenzkampf zur Verfügung stehen. Der militärische Raketenbau war andererseits stets verflochten mit der Weltraumforschung im Hinblick auf das erwartete neue Weltfernmeldesystem über Satelliten. Wenn einige französische Betriebe heute in der Lage sind, sich für ihr elektronisches Material verschiedenster Art und auch für Zubehörteile der Atomtechnik gegen eine starke Konkurrenz internationale



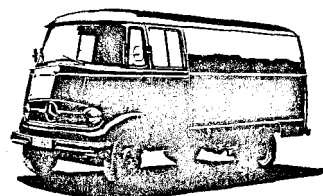
Kennen Sie einen PKW für 6 Personen und 1,5 t Gepäck?

Im Mercedes-Benz Transporter mit Doppelkabine haben 5 Mann Besatzung und ein Fahrer reichlich Platz. Auf der 3 m langen Pritsche 1560 kg Ladegut.

Das ist nur eine von insgesamt 34 verschiedenen Ausführungen unseres Transporters. Wenn Sie einen Kastenwagen, einen Pritschenwagen, einen Tieflader oder ein Fahrgestell für jeden Sonderaufbau brauchen, sagen Sie es uns. Im Transporter-Programm von Mercedes-Benz finden Sie bestimmt den richtigen. Zugeschnitten auf Ihre Transportaufgaben. Mit Nutzlasten von 1,7 t bis 2,1 t und Pritschenlängen von 3 und 4 m.

Mit einem wirtschaftlichen, kraftvollen 55-PS-Dieselmotor oder temperamentvollen 80-PS-Benzinmotor.

Überzeugen Sie sich selbst von den Vorzügen des Mercedes-Benz Transporters. Bitte rufen Sie die nächste Niederlassung oder Vertretung an. Wir informieren Sie gern.



MERCEDES-BENZ

Ihr guter Stern auf allen Straßen



Aufträge zu sichern, verdanken sie dies zweifellos der geschickt orientierten militärischen Ausgabenpolitik.

Noch weiter zurück reicht die bereits 1945 eingeleitete staatliche Förderung der zivilen Atomforschung, die nunmehr seit rund zwei Jahrzehnten über steigende Kredite verfügt und Frankreich auf dem europäischen Kontinent für die Atomenergie deutlich an die Spitze stellt. Es ist bemerkenswert, daß sich ganz bewußt das Atomenergiekommissariat nicht auf die Grundlagenforschung beschränkte, sondern methodisch seine Tätigkeit auf die angewandte Forschung ausdehnte, und zwar in enger Zusammenarbeit mit der Industrie, deren Produktionsprogramme es stets neu zu gestalten versuchte, nicht zuletzt indem es vermied, die von ihm benötigten Anlagen und Geräte selbst herzustellen. Mitunter beteiligte es sich auch an Gemeinschaftsgründungen zur Verringerung des finanziellen Risikos. Das staatliche Atomkommissariat ist so jetzt vielfältig mit der Privatwirtschaft verflochten.

Die französischen Elektrizitätswerke wichen zunächst für die Errichtung ihrer ersten nuklearen Großkraftwerke von der Methode des Atomkommissariats ab und übernahmen selbst für den Bau der Anlagen die Gesamtverantwortung, um anschließend ihre Aufträge an einzelne Fabriken zu erteilen. Dies führte zu einer erheblichen Überteuering und bremste gleichzeitig die Konzentration in der französischen Atomindustrie ab. Nach langen Anstrengungen und mit Unterstützung der Regierung konnte schließlich das Atomkommissariat durchsetzen, daß die Elektrizitätswerke die von ihm geplanten Großreaktoren als Einheit ausschreiben und diejenige Gruppe, die das günstigste Angebot abgibt, mit dem Bau global beauftragen. Auf diese Weise war es möglich, alle am Reaktorenbau interessierten französischen Firmen zu zwingen, sich in zwei großen Gruppen zusammenzuschließen und so die Voraussetzungen zu schaffen für eine einigermaßen aussichtsreiche internationale Konkurrenzfähigkeit.

FORSCHUNG UND ERZIEHUNG

Ermutigt durch die im Grunde genommen sehr positiven Erfahrungen des Atomenergiekommissariats, beabsichtigt jetzt die französische Regierung, in stärkerem Maße die angewandte Forschung zu befruchten, aus der Erkenntnis heraus, daß in nicht wenigen Industriezweigen die sich aus den technischen Fortschritten ergebenden finanziellen Erfordernisse auch für die angewandte Forschung über die Möglichkeiten selbst großer Unternehmen hinausgehen. Erfolgt keine staatliche Unterstützung, dann bestünde die Gefahr, daß wertvolle Erkenntnisse der Grundlagenforschung nicht in den industriellen Bereich gelangen. Die Methode soll von Fall zu Fall bestimmt werden. Erwähnung fand bereits der erwogene Forschungsauftrag an die elektronische Industrie für die Herstellung eines mittleren Elektronenrechners. Die chemische Industrie könnte ihrerseits für mit staatlichen Instanzen vereinbarte Forschungsprogramme eine Subvention erhalten. Zur Diskussion steht auch ein staatlich finanziertes Versicherungssystem, das Forschungskosten zu-

rückbezahlt, wenn die Arbeiten nicht zu einer ertragreichen Auswertung auf industrieller Ebene führen. Die finanzielle staatliche Intervention soll ferner dafür Sorge tragen, daß selbst Großbetriebe ihre Forschungsanstrengungen zusammenlegen, zunächst um jede kostspielige Doppelgleisigkeit zu beseitigen, später aber vielleicht auch, um auf Grund der Forschungsergebnisse gemeinsame Produktionsanlagen bedeutenden Ausmaßes zu bauen.

Die wirtschaftlich-industriellen Anstrengungen des Staates im Erziehungswesen sind eng verbunden mit der Forschung. Es herrscht so die allgemeine Tendenz vor, die Universität aus der Sphäre der reinen Wissenschaft herauszunehmen und bis zur Grenze des Möglichen in den Dienst der Wirtschaft zu stellen. Recht methodisch ergänzt man das Lehrprogramm außerhalb der naturwissenschaftlichen Fächer, um eine spätere Einordnung der Studenten in das Wirtschaftsleben zu erleichtern, um den Übergang von der Theorie zur Praxis möglichst reibungslos und schnell sicherzustellen. Es gibt so, um ein Beispiel zu nennen, Sonderkurse für Philologiestudenten, die nach Erhalt ihres Diploms in der Wirtschaft arbeiten wollen. Das allgemeine Erziehungswesen, besonders der Mittelschulen, wird außerdem dem jeweiligen Bedarf der Wirtschaft angepaßt, bei systematischer Förderung des Berufsschulwesens. Selbstverständlich sind nicht alle Reformen erfolgreich, und es mangelt auch nicht an traditionellen Widerständen. Die Entwicklung läuft jedoch deutlich in eine realistische Richtung und rechtfertigt sämtliche, mehr oder weniger glücklichen Tastversuche. Diese Neugestaltung des Erziehungswesens ist in Frankreich um so bemerkenswerter, als man 150 Jahre lang der reinen Theorie eindeutig den Vorzug gab und es sich für viele um eine nicht immer verstandene Abkehr von der Vergangenheit, von einer lieb gewordenen Tradition handelt.

Um diese französischen Tendenzen oder Interventionen zu werten, ist es wahrscheinlich zu früh, denn es wäre unberechtigt, hierin ein System zu sehen. Meistens handelt es sich nämlich um rein pragmatische Maßnahmen, die die Wirklichkeit aufzwingt. Die Regierung und die Wirtschaft stehen so häufig vor der Notwendigkeit, eine drohende Sackgasse zu vermeiden und sowohl dem technischen Fortschritt wie der internationalen Konkurrenz mit ihren verhältnismäßig bescheidenen Mitteln gerecht zu werden. Der Beobachter dürfte jedenfalls gut daran tun, diese französischen Experimente ohne Vorurteile zur Kenntnis zu nehmen, ebenso wie ihre teilweise schon vorliegenden Ergebnisse, die unabhängig von jeder ideologischen Beurteilung nicht selten als positiv anzuerkennen sind. Zu denken gibt schließlich der bereits erwähnte pragmatische Charakter der französischen Wirtschaftspolitik, die sich so in einer schon aus technischen Gründen wenig konsolidierten Welt besonders nützlicher Bewegungsfreiheit erfreut und nicht wie die Wirtschaftspolitik manches anderen Landes, sei es im Osten oder im Westen, durch den ständigen doktrinären Hinweis auf einen einmal grundsätzlich anerkannten Rahmen eingeengt wird.